

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Julian Joswig, Swantje Henrike Michaelsen, Dr. Alaa Alhamwi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 21/4952 –

**E-Auto-Förderung wirksam ausrichten – Sozial, klimawirksam und europäisch**

### A. Problem

Die antragstellende Fraktion kritisiert, dass der Hochlauf vieler erfolgreicher Hersteller und Zulieferer von E-Autos ausgerechnet im Heimatmarkt hinter den Erfordernissen zurückbleibe. Eine wirksame E-Auto-Förderung müsse Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit verbinden. Förderinstrumente, die Fahrzeuge mit fossilen Antriebskomponenten einbezögen oder hochpreisige Modelle subventionierten, verfehlten ihre ökonomische und ökologische Wirkung. Die Nutzung von Elektromobilität müsse auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ermöglicht werden.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.**

### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 21/4952 abzulehnen.

Berlin, den 24. Juni 2026

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Christian Frhr. von Stetten**  
Vorsitzender

**Tilman Kuban**  
Berichtersteller

**Agnes Conrad**  
Berichterstellerin

*Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

## Bericht der Abgeordneten Tilman Kuban und Agnes Conrad

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/4952** wurde in der 69. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. März 2026 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion fordert die Bundesregierung zu sieben Maßnahmen auf. Die staatliche Förderung sei ausschließlich auf emissionsfreie Fahrzeuge zu konzentrieren. Öffentliche Mittel aus dem KTF sollten nur dort eingesetzt werden, wo sie unmittelbar zur Emissionsminderung beitragen. Zudem sei eine verbindliche Preisobergrenze von 45.000 Euro für geförderte Fahrzeuge für Haushalte mit Kindern sowie von 35.000 Euro für Haushalte ohne Kinder festzulegen. Die Förderung sei gezielt auf Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auszurichten. Es sollte eine einheitliche Grundförderung von 4.000 Euro pro Haushalt und gefördertem Fahrzeug sowie ein zusätzlicher Zuschlag von 500 Euro pro minderjährigem Kind gewährt werden. Darüber hinaus sollte für förderfähige Fahrzeuge mit der Möglichkeit, Strom aus der Batterie wieder ins Netz zu speisen, ein zusätzlicher Bonus gezahlt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur systematischen Entwicklung einer Förderung für den Gebrauchtwagenmarkt für emissionsfreie Fahrzeuge vorzulegen und die Förderung ausschließlich auf E-Autos aus europäischer Fertigung auszurichten.

### III. Petition

Dem Ausschuss lag auf Ausschussdrucksache 21(9)268 eine Petition zur Drucksache 21/4952 vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 GO-BT angefordert hat.

Mit der öffentlichen Petition wird die Beendigung der staatlichen Förderung und Subventionierung der E-Mobilität gefordert.

Der Ausschuss hat die Petition in seine Beratungen einbezogen.

### IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4952 in seiner 38. Sitzung am 24. Juni 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4952 in seiner 41. Sitzung am 24. Juni 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 21/4952 in seiner 33. Sitzung am 24. Juni 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4952 in seiner 34. Sitzung am 24. Juni 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 21/4952 in seiner 39. Sitzung am 24. Juni 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 21/4952 in seiner 27. Sitzung am 24. Juni 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

## V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/4952 in seiner 41. Sitzung am 24. Juni 2026 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte einleitend, die neue E-Auto-Förderung sei von der Koalition bereits umgesetzt worden und die Antragstellungen seien möglich. Mit Blick auf eine klimawirksame Ausrichtung spreche sich die Fraktion dafür aus, ausschließlich die wirklich emissionsfreien Fahrzeuge, also batterieelektrische Fahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge zu fördern. In Bezug auf die soziale Ausrichtung hätte die Fraktion andere Staffelungen bei den Einkommensgrenzen und bei den Autopreisen vorgesehen, um Mitnahmeeffekte zu verhindern. Problematisch sei, dass von der neuen E-Autoprämie vor allem die chinesischen Hersteller profitierten. Dies könne durch eine Kopplung der E-Autoprämie an Autos „Made in Europe“ verhindert werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie hielten es für grundsätzlich falsch, die staatliche Förderung künftig allein auf vollelektrische Fahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge auszurichten. Plug-in-Hybride und Range-Extender seien eine gute Möglichkeit, um den Umstieg zu gewährleisten. Die großen Automobilkonzerne erzielten insbesondere mit diesen Fahrzeugen und mit Verbrennerfahrzeugen eine gute Marge, mit der die Transformation finanziert werden könne. Die in dem Antrag vorgeschlagene Verengung würde zu einer Förderung der chinesischen Automobilindustrie führen.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, der Antrag fokussiere sich auf das Erreichen von Klimazielen. Diese beruhten auf falschen Annahmen. Der klimapolitische Fokus sei ein Grund für den aktuellen industriellen Abstieg Deutschlands. In der Automobilindustrie seien bis 2035 bis zu 225.000 Arbeitsplätze gefährdet, Zulieferer und Dienstleister nicht mit eingerechnet. Der Markt sollte nicht künstlich reguliert werden, sondern sich durch Angebot und Nachfrage regeln. Die Klimaziele, das Verbrennerverbot und die Lieferkettengesetze hätten dem heimischen Automobilmarkt und der Verfügbarkeit bezahlbarer Mobilität nur geschadet.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, sie teilten die Ziele des Antrages. Die Bundesregierung habe ein starkes Förderprogramm auf den Weg gebracht, welches sozial gestaffelt sei. Die Zuliefererindustrie sei auch mitberücksichtigt worden. Es gehe zudem nicht allein um die Kaufprämie, sondern auch um regionale Wertschöpfungsketten. Die Konzerne trügen im Hinblick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen auch ihre eigene Verantwortung, indem sie auf den Markt reagierten. Die Fraktion bemängelt, dass der Antrag nicht auf das Recyceln von Elektrofahrzeugen einginge.

Die **Fraktion Die Linke** erklärte, der Antrag enthalte einige gute Punkte, die sie ausdrücklich unterstützten. Der Ausschluss von Plug-in-Hybriden und Range-Extendern sei lange überfällig. Auch die Einkommensgrenzen und die Preisobergrenze gingen grundsätzlich in die richtige Richtung. Die Fraktion unterstütze die Verwendung von KTF-Mitteln für einkommenschwache Haushalte. Allerdings sei der Antrag aus ihrer Sicht nicht ausreichend. In Bezug auf das Social Leasing mangle es an Verbindlichkeit und einem konkreten Programm. Die Einkommensgrenzen seien zu starr. Vorzugswürdig seien eine Ausrichtung nach dem Median-Einkommen sowie eine degressive Staffelung.

Die **Bundesregierung** wies darauf hin, dass es aktuell Verhandlungen um eine „Made in Europe“-Regel im Rahmen des Industrial Accelerator Acts gebe. Einen nationalen Alleingang lehnten sie ab. Mit Blick auf die Subventionierung sei klar, dass aus Sozialgesichtspunkten eine Staffelung vorgenommen werde.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/4952 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Juni 2026

**Tilman Kuban**  
Berichtersteller

**Agnes Conrad**  
Berichterstellerin

*Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*